



Dienstag, 30. September 2025, 13:00 Uhr
~3 Minuten Lesezeit

Das blutende Herz Afrikas

Der Stellvertreterkrieg im Sudan stürzt ein Volk in großes Leid und wirft drängende Fragen für Europa auf.

von Julia Krämer
Foto: kursat-bayhan/Shutterstock.com

Im Herzen Afrikas blutet der Sudan unter der Last eines seit April 2023 andauernden Bürgerkriegs –

genährt von hochentwickelten Waffen und ausländischen Interventionen – , während die Zivilbevölkerung den höchsten Preis zahlt. In Omdurman sterben Kinder durch Landminen, in Darfur legen Luftangriffe ganze Märkte in Schutt und Asche. Hinter diesem Leid verbirgt sich ein Geflecht internationaler Interessen. Besonders die Türkei fällt auf: Sie liefert der sudanesischen Armee Drohnen wie „Bayraktar“ und „Akinci“. Das wirft die Frage auf, in welchem Maße ausländische Akteure den Krieg verlängern – und welche Verantwortung Europa trägt, während Millionen Menschen von Flucht und Vertreibung bedroht sind.

Am 7. September 2025 gab das Bündnis „Ta’sis“ (Gründung)

bekannt, ein großes Depot türkischer Drohnen vom Typ „Bayraktar Akinci“ in Darfur zerstört zu haben – ein Schlag, der die massive Abhängigkeit der sudanesischen Armee von den von Ankara gelieferten Hightech-Waffen offenbarte. Laut der sudanesischen Zeitung *Al-Rakoba* habe dieser Verlust „heftige Streitigkeiten innerhalb des Militärs“ ausgelöst; die *Sudan Tribune* zitierte einen Armeesprecher, der von Vorwürfen mangelnder strategischer Planung sprach.

Diese Drohnen, die nach Angaben des *Wall Street Journal* im September 2023 über regionale Mittelsmänner in den Sudan gelangt waren, spielten eine zentrale Rolle bei Luftangriffen auf zivile Gebiete, wie *Human Rights Watch* im Juni 2025 dokumentierte. In ihrem Bericht stellte die Organisation fest, dass die Armee dabei ungelenkte Bomben und Fassbomben gegen Nyala einsetzte – mit Dutzenden Toten unter der Zivilbevölkerung. Diese Handlungen

wurden als „Kriegsverbrechen“ bezeichnet.

Die Präsenz türkischer Waffen verdeutlicht die tiefere Dimension der Krise: Der Krieg im Sudan ist nicht nur ein innerstaatlicher Konflikt, sondern ein Krieg, dessen Fäden teilweise im Ausland gezogen werden.

Berichte der *Washington Post* und der *Financial Times* (2024 bis 2025) bestätigen, dass die Türkei der Armee Hunderte Sprengköpfe und Drohnen geliefert hat – in klarer Verletzung des Waffenembargos gegen den Sudan.

Am 2. September dieses Jahres traf ein Drohnenangriff einen Markt in Mellit, Norddarfur, und tötete 15 Zivilisten – wie die *Sudan Tribune* und lokale sudanesishe Quellen berichteten. Diese Angriffe, die die Sicherheit der Zivilbevölkerung vollständig missachten, machen deutlich: Für die Armee haben militärische Siege Vorrang vor jeder politischen oder humanitären Lösung.

Kollaps des Gesundheitswesens

Neben der militärischen Zerstörung erlebt der Sudan eine eskalierende Gesundheitskrise. Die Vereinten Nationen beschrieben Khartum in einem Bericht vom 8. August 2025 als „Geisterstadt“ – übersät mit Blindgängern und in Trümmern. Besonders alarmierend: Die *New York Times* berichtete am 16. Januar 2025, dass die Armee zweimal Chemiewaffen eingesetzt habe, was zu einer massiven Umweltkontamination führte, die wiederum den Ausbruch von Krankheiten begünstigte.

Ein Bericht des „Al-Jazeera Human Rights Center“ vom 5. September 2025 dokumentierte 508 Fälle von Hepatitis in Um al-Qura und mehr als 260 neue Infektionen allein im August – dazu eine Dengue-Epidemie in Al-Hasahisa. Diese Zahlen machen deutlich:

Die humanitäre Katastrophe ist nicht nur eine Folge des Krieges, sondern auch Resultat des gezielten Einsatzes international geächteter Kampfmittel.

Verleugnete Hungersnot: Ein Leugnen, das die Krise verschärft

Am 6. September 2025 wiesen die Behörden in Port Sudan Berichte über eine Hungersnot als „falsch“ zurück. Diese Haltung steht im direkten Widerspruch zu Einschätzungen des Welternährungsprogramms (August 2025), das festhielt, dass 25 Millionen Sudanesen von akuter Nahrungsmittelunsicherheit betroffen sind.

Die USA verhängten bereits im Januar 2025 Sanktionen gegen Armeechef Abdel Fattah al-Burhan wegen des Einsatzes chemischer Waffen und wahlloser Bombardierungen. Im Mai folgten weitere Sanktionen gegen Armee und Regierung, nachdem der erneute Chemiewaffeneinsatz bestätigt worden war. Diese Maßnahmen traten am 6. Juni in Kraft.

Die jüngsten Entwicklungen machen deutlich: Die internationale Gemeinschaft darf nicht länger zusehen. Auch Europa steht in der Pflicht, Druck auf externe Akteure wie die Türkei auszuüben und den Internationalen Strafgerichtshof zu stärken, damit Kriegsverbrechen nicht folgenlos bleiben.

Der Sudan steht unterdessen vor dem Kollaps. Ein Bürgerkrieg, genährt von ausländischen Waffen, dazu der Einsatz geächteter Kampfmittel, ein zerfallendes Gesundheitssystem und der drohende Hunger. Das Land taumelt am Rand des Abgrunds. Reine humanitäre Hilfe reicht nicht mehr aus. Gefordert ist eine klare politische und diplomatische Haltung, die externe Einmischungen stoppt,

humanitären Zugang garantiert und die strafrechtliche Verfolgung von Kriegsverbrechen sicherstellt.

Den Sudan seinem Schicksal zu überlassen, hieße, Millionen Menschen Hunger, Vertreibung und Tod preiszugeben – und eine ganze Region in eine noch unberechenbarere Zukunft zu stürzen.



Julia Krämer arbeitet im sozialen Bereich und beschäftigt sich intensiv mit gesellschaftlichen, politischen und sozialen Themen. Als gesetzliche Betreuerin unterstützt sie Menschen in verschiedenen Lebensbereichen. Darüber hinaus ist sie als Videografin für etliche Medienunternehmen tätig.